

Energie-Control Austria für die Regulierung
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Per E-Mail an: tarife@e-control.at

Kontakt
DI Ursula Tauschek

DW
223

Unser Zeichen
DI TA/Sc-29/2013

Ihr Zeichen

Datum
14.11.2013

Entwurf der Sparte Netze zu der Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012 – Novelle 2014 (SNE-VO 2012 – Novelle 2014)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Oesterreichs Energie bedankt sich für die Gelegenheit, zum vorliegenden Entwurf Stellung nehmen zu dürfen.

Die Energiewende in Europa und Österreich ist spürbar eingeleitet. Im Rahmen der Klimapolitik und Ressourcenschonung plant die Politik den Ausbau Erneuerbarer Energien in den nächsten Jahrzehnten weiter zu forcieren. Daraus ergibt sich die Frage, inwieweit die heute in Österreich eingesetzte Netztarifstruktur für Verteilernetzbetreiber geeignet ist diese Herausforderungen in adäquater Weise zu bewältigen und welche Adaptionen zur Schaffung nachhaltiger Tarifstrukturen notwendig sind.

Nach Ansicht von Oesterreichs Energie erfordert eine nachhaltige Netztarifstruktur Ausgewogenheit zwischen Kostenverursachung und Lenkungseffekt. Diese muss schrittweise über kurz- und mittelfristige Anpassungsschritte erreicht werden. Zeitnah begonnen werden muss mit einer Fokussierung auf eine Grund- und Leistungskomponente. Mittelfristig sind die Ansprüche an die Eigenschaften einer neuen Netztarifstruktur „Kostenorientierung, Verursachungsgerechtigkeit, Gleichbehandlung aller Systemnutzer und entsprechender Lenkungseffekt“ auf Basis der gemessenen Leistung umsetzbar. Die Vorbereitung darauf muss ehest begonnen werden und hat schrittweise in den nächsten Jahren zu erfolgen.

Unser Vorschlag für die dringend nötige kurzfristige Anpassung der Netztarifstruktur wurde am 11. Juli 2012 in Form einer Anhörung der Regulierungskommission vorgestellt und seit dem laufend in Gesprächen bei der ECA angesprochen. Dieser beinhaltet sofortige

Anpassungsschritte für die SNE-VO für eine stärkere Fokussierung auf die Grund- und Leistungskomponente.

Wir erlauben uns dazu auch auf das ergänzende Schreiben vom 29. September 2012 zu verweisen.

Die ECA ist – in Abstimmung mit der Regulierungskommission – dem Ansinnen der Netzbetreiber zu einer Erhöhung des Grund- und Leistungspreises in ihrer Verordnung, mit der die Entgelte für die Systemnutzung im Elektrizitätsbereich ab 1. Jänner 2013 geregelt werden, gefolgt. Die Erhöhung erfolgte zwar nicht in dem von den Netzbetreibern vorgeschlagenen Ausmaß, kann aber trotz allem als ein Schritt in die richtige Richtung hin zu einer verursachungsgerechten, zukunftsicheren Netztarifgestaltung gesehen werden und muss aber weiter vorangetrieben werden.

Unsere wesentlichen Kritikpunkte sind:

- Die Bestimmung des Netznutzungsentgelts (§4) muss eine zukunftsorientierte Ausrichtung der Grund- und Leistungspreise beinhalten. Die Notwendigkeit zu einer stärkeren Gewichtung ist im vorliegenden Entwurf der Novelle 2014 nicht im angestrebten Ausmaß abgebildet. Aus Sicht von Oesterreichs Energie sollten diese **Erhöhungen sehr viel ambitionierter** in Angriff genommen werden. Entsprechend den Erfahrungen aus dem letzten Jahr (SNE-VO Novelle 2013) hat sich der erste Anpassungsschritt aus Sicht der Netzbetreiber und der Kunden bewährt.
- Im aktuellen Entwurf zur SNE-VO 2012 - Novelle 2014 wurde eine Erhöhung der Leistungsanteile nicht in allen Netzbereichen (teilweise „lineare“ Netztarifänderung), vorgenommen. Die erforderliche stärkere Gewichtung der Grund- bzw. Leistungsanteile sind daher in konsistenter Weise für ALLE Netzbereiche bereits in der Novelle 2014 durchzuführen.
- Bisher hatten die Netzbetreiber die Möglichkeit einen Tarifierungsvorschlag an die Regulierungsbehörde zu senden, der auch in gewissem Maße berücksichtigt wurde.
- Im Entwurf der Novelle 2014 sind die Tarife der einzelnen Netzbetreiber erstmalig bereits enthalten. Es ist nicht verständlich warum die Behörde die Vorgehensweise ohne Abstimmung abgeändert hat und die Tarife der einzelnen Netzebenen ohne Einbeziehung der betroffenen Netzbetreiber fixiert wurden.
- Wir ersuchen, dass an der bisherigen Vorgehensweise festhalten wird und weiterhin ein individueller Tarifierungsvorschlag Berücksichtigung findet.

Zu den einzelnen Punkten des Konsultationspapiers nehmen wir, wie folgt, Stellung:

Zu 1. § 4 Abs. 1 Z 3 bis 7 (Bestimmung des Netznutzungsentgelts)

Aufgrund der zukünftigen Herausforderungen an Verteilnetzbetreiber und unter Berücksichtigung der Gleichbehandlung aller Systembenutzer, der Kostenorientierung und weitest gehenden Verursachungsgerechtigkeit - siehe EIWOG 2010 § 51 Abs. 1 – sind zur Gewährleistung einer zukunftsorientierten Netztarifstruktur die Grund- bzw. Leistungsanteile der Systemnutzungsentgelte stärker zu betonen. Oesterreichs Energie folgt der

Argumentation der Behörde, wonach ein leistungs- bzw. arbeitsunabhängiger Pauschalbetrag keine Anreize zur Erhöhung der Energieeffizienz setzt. Nach einem flächendeckenden Rollout intelligenter Messgeräte im Jahr 2019 lässt sich jedoch die Höchstleistung auch bei bisher pauschalierten Anlagen ermitteln. Durch die Einführung eines Leistungspreises können sodann Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz gesetzt werden, da energieeffiziente Elektrogeräte einen geringeren Leistungsbedarf haben. Als Zielwert für den Leistungsanteil sind aus Sicht der Branche 80 % der Entgelte anzustreben. Zur Vermeidung von sprunghaften Entwicklungen der Entgelte regt Oesterreichs Energie an, bis zur Umstellung der Verrechnung auf Basis der tatsächlichen Leistung ab dem Jahr 2019, die Grund- bzw. Leistungsanteile schrittweise erlösneutral zu erhöhen.

Darüber hinaus wird durch einen Leistungspreis ein Anreiz gesetzt den Bezug elektrischer Energie möglichst zu vergleichmäßigen. Dieser Anreiz führt dazu dass die aufzubringende Leistung ebenfalls gleichmäßiger wird, dadurch weniger effizientere (teurere) Spitzenkraftwerke weniger eingesetzt werden müssen und damit das gesamte Energiesystem effizienter wird.

Zu 2. § 4 Abs. 1 Z 9 (Netznutzungsentgelt für Anbieter von Regelenergie)

Die Möglichkeit für Verbraucher(gruppen), sich am Regelenergiemarkt zu beteiligen, erscheint aus Sicht von Oesterreichs Energie durchaus sinnvoll.

Die von der Behörde vorgeschlagene Regelung erscheint jedoch aufwändig in der Abwicklung, da sie einen zusätzlichen Datenaustausch zwischen dem Regelzonenführer und dem Netzbetreiber bedingt. Die Verrechnung der Systemnutzungsentgelte wird verkompliziert. Sollte dieses neue Entgelt zur Folge haben, dass der an einem Zählpunkt gemessene Verbrauch über zwei verschiedene Entgelte abgerechnet wird, ist uns nicht klar, wie das abrechnungstechnisch funktionieren soll.

Klar geregelt werden muss, in welcher Form die Differenzierung zwischen der Bereitstellung von Regularbeit und dem sonstigen Strombezug zu erfolgen hat. Für eine einwandfreie Trennung muss dem betroffenen Netzbetreiber vom Regelzonenführer der zeitliche Verlauf des Regeleinsatzes (z.B. 1/4h Werte z.B. auf Basis MSCONS - Binär 0/1) je Zählpunkt zu Beginn des Folgemonats zur Verfügung gestellt werden. Jedenfalls sollte eine Einschränkung auf Lastprofilzählung gemessener Anlagen erfolgen. Wir ersuchen um entsprechende Klarstellung im Rahmen der Erläuterungen.

Vor einer Regelung in der SNE-VO sollten jedenfalls die möglichen Geschäftsfälle und die erforderlichen Schnittstellen im Kreis der betroffenen Marktteilnehmer geklärt werden.

Generell erscheint uns eine Abgeltung der Regularbeit über den Energiepreis durch den Regelzonenführer als praxistauglicher.

Zu 6. § 9 Z 6 u. 7 (Arten der Messung)

Wir erlauben uns anzumerken, dass unter § 9. Z 6 „Tarif – Drehstromzählung“ und Z 7 „Tarif – Wechselstromzählung“ nun auch eine „mehr als 2-Tarifzählung“ möglich ist.

Zu 7. § 10 Abs. 1 (Bestimmung der Höchstpreise für das Entgelt für Messleistungen)

In der vorliegenden SNE-VO 2012 - Novelle 2014 ist keine gesonderte Verrechnung der Messleistung für „2-Tarif Zählung“ vorgesehen, wobei als Begründung in den Erläuterungen angeführt ist, dass keine wesentlichen Abweichung der Kosten gegenüber Drehstromzählern gegeben sind. Daraus resultiert eine Reduktion der Messleistungserlöse, welche allerdings in den vorliegenden ECA Bescheiden nicht kostenbasiserhöhend berücksichtigt wurde. Ein Ausgleich der daraus resultierenden Kostenunterdeckung ist somit „erst“ über das Regulierungskonto mit einem 2-Jahresverzug gegeben. Daraus resultiert, dass sich das Regulierungskonto für das Jahr 2016 automatisch um diesen, die Messleistung betreffenden, „Fehlbetrag“ erhöht. Da dieser bereits im Vorhinein bekannte Fehlbetrag nicht aus systemimmanenten Schwankungen sondern aus einem gezielten Eingriff der Regulierungsbehörde resultiert, sollte auch der Zinsverlust angemessen berücksichtigt werden.


Der Verweis „Ersetzt eine Zählung mittels intelligentem Messgerät eine der in den **Z 5 bis 7** bzw in Abs. 2 Z 1 und 2 genannten Messleistungen bzw. zusätzlichen Funktionen, so kommen die entsprechenden Entgelte zur Anwendung.“ muss, unserer Ansicht nach, um die Ziffer 3 und Ziffer 8 ergänzt werden. Die „Niederspannungswandler – Viertelstundenmaximumzählung“ (Ziffer 3) ist ebenfalls Bestandteil der Intelligente Messgeräte-AnforderungsVO 2011 (IMA-VO). Weiters kann das intelligente Messgerät über die IMA-VO hinaus auch die „Blindstromzählung“ (Ziffer 9) beinhaltet – was einerseits ja erlaubt ist, und andererseits speziell bei Z 3 Zählungen absolut Sinn macht.

Ergänzend ersuchen wir eine Neuregelung in den Erläuterungen zur § 10 SNE-VO 2014 vorzunehmen. Diese sollte die Möglichkeit vorsehen, den Messpreis bei Überschusseinspeisern abhängig von der Anzahl der installierten Messgeräte zu verrechnen. Unternehmen installiert bei Überschusseinspeisern mit weniger als 50 kW oder 100.000 kWh Jahreseinspeisung intelligente Messgeräte, bei denen sowohl Bezug als auch Einspeisung in einem Gerät erfasst werden. Entsprechend den Erläuterungen zur SNT-VO 2010 wird bei diesen Anlagen der Messpreis sowohl für den Bezug als auch für die Einspeisung verrechnet. In den Erläuterungen zur SNT-VO 2010 wird dies damit begründet, dass bei derartigen Anlagen in der Regel zwei Messgeräte installiert sind. Diese Begründung trifft nicht für alle Unternehmen zu.

Wir danken für die Kenntnisnahme der Anliegen von Oesterreichs Energie und ersuchen um deren Berücksichtigung

Mit freundlichen Grüßen


DI Dr. Peter Layr
Präsident


Dr. Barbara Schmidt
Generalsekretärin